

THEMA IM LANDTAG

Kursbestimmung: Strategie und Ziele der SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen 2005 – 2008

Knapp zwei Jahre nach dem Verlust der Regierungsmehrheit in Niedersachsen ist es für die SPD in der Opposition Zeit, ihren Kurs neu zu bestimmen. Den Kurs bestimmen heißt: Wir müssen festlegen, wo wir uns befinden und wohin wir wollen.

Wir merken: Die Zeit des »Wundenlebens« ist längst vorbei, die Fraktion hat sich in ihrer Parlamentsarbeit gefunden und vor allem: Überall in Niedersachsen wächst der Wunsch von Bürgerinnen und Bürgern, sich stärker mit der Politik von CDU und FDP auseinander zu setzen.

Inzwischen ist klar: Es ist eben nicht egal, wer in Niedersachsen die Regierungsverantwortung trägt. Anders als oft öffentlich behauptet: Es gibt sehr wohl große Unterschiede zwischen der Politik sozialdemokratischer Regierungen und dem, was CDU und FDP jetzt in Niedersachsen anrichten.

Mehr als Opposition: Die SPD ist Regierungsalternative.

Die Kritik an dieser Entwicklung in Niedersachsen ist Aufgabe der Opposition. Aber sie allein macht uns noch nicht zu einer echten Regierungsalternative. Genau das aber wollen wir wieder werden: 2006 zur Kommunalwahl und 2008 zur Landtagswahl. Diese beiden »Peilungen« bestimmen unseren Kurs.

Wer seinen »Kurs neu absteckt«, braucht deshalb noch kein neues Boot. Und auch kann und muss noch nicht jedes Manöver bestimmt werden, dass im Verlauf des Kurses gefahren werden muss. Aber über die Geschwindigkeit, mit der man fahren kann, die »Leuchttürme«, an denen man sich orientieren will und vor allem über die »Untiefen«, die man beachten muss, sollte man sich an Bord einig sein.

Wir werden die kommenden Monate nutzen müssen, um die »Koordinaten« für unsere »Kurspunkte« genau zu bestimmen. Aus »Landmarken« müssen genaue Zielbeschreibungen werden.

Mindestens genauso wichtig ist aber eine solide Finanzierung. Unser »Boot« braucht »Treibstoff« auf seinem Kurs,

sonst trauen sich die Menschen nicht an Bord.

Klar ist:

- Die SPD hat auf ihrem neuen Kurs in Richtung 2006 und 2008 nicht das Ziel, die Landesregierung beim Sparen allein zu übertreffen. Nicht wir haben den Mund vor der Landtagswahl 2003 zu voll genommen, sondern Christian Wulff und Hartmut Möllring.
- Aber auch für unsere eigene Politik brauchen wir eine solide Finanzierung und gesunde Haushalte. Davon sind wir in Niedersachsen gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzpolitik von CDU und FDP weit entfernt.
- Wer aber diese solide Grundlage zur Finanzierung der eigenen Politik nicht schafft, der wird nicht nur am Ende nicht gewählt, er wird seine Schwerpunkte vor allem nie in die Tat umsetzen können.

Diese solide Finanzierung ist für eine Oppositionspartei nicht einfach zu erreichen.

Sie hat nämlich zwei Konsequenzen:

Erstens: Die SPD-Fraktion muss sich entscheiden: Zwischen dem, was sie zwingend für erforderlich hält, und dem, was sie vielleicht für wünschenswert findet, was aber eher zur Kür als zur Pflicht gehört. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, dass die SPD-Fraktion einige Politikbereiche zu Gunsten anderer Fachbereiche zurückstellen muss. Nur wenn wir dazu offensiv stehen, sind wir argumentationsfähig.

Zweitens: Die SPD muss sich auch als Opposition mit denen auseinander setzen, denen wir keine Finanzierungsversprechen geben können, weil sonst unsere eigenen Schwerpunkte darunter leiden würden. Das gibt Konflikte, die man eigentlich in der Opposition scheut.

Fortsetzung Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,



die Tagung der SPD-Landtagsfraktion in Göttingen am 15. und 16. November war mehr als »nur« eine Haushaltsklausur. Natürlich haben wir uns intensiv auf die anstehenden Haushaltsberatungen vorbereitet. Aber wir haben mehr geleistet: Wir haben uns auf eine Strategie verständigt, die uns weit über die aktuellen Auseinandersetzungen im Landtag hinaus handlungsfähig macht und bis zur Wahl 2008 tragen kann.

Im Kern geht es um zweierlei: Wir müssen zum einen konkrete inhaltliche Alternativen zur Politik von CDU und FDP formulieren und zum anderen darlegen, wie wir unsere neuen Schwerpunkte finanzieren wollen. Denn wir wollen – anders als die CDU das 13 Jahre lang getan hat – seriöse Oppositionspolitik betreiben. Das ist vielleicht nicht immer der einfachste, aber sicher der ehrlichste Weg.

Die SPD-Fraktion hat in Göttingen gezeigt, dass sie auch schwierige Debatten nicht scheut. Sie hat sehr ernsthaft und verantwortungsvoll diskutiert. Ich gebe zu: Darauf bin ich auch ein bisschen stolz.

Der komplette Beschluss der Klausurtagung wird demnächst als Sonder-TiL gedruckt. Ich glaube, wir haben damit eine gute Grundlage für die politische Auseinandersetzung in Niedersachsen gelegt. Denn Göttingen war erst der Anfang.

Ever

Sigmar Gabriel

Die SPD-Landtagsfraktion ist aber fest davon überzeugt, dass nur mit diesen zwei Konsequenzen unter den heutigen Bedingungen eine ehrliche, verlässliche und glaubwürdige Politik der SPD gestaltet werden kann. Die klassische Oppositionsrolle, wie sie CDU und FDP in Niedersachsen 13 Jahre lang hemmungslos ausgelebt haben, hat sich überlebt. Die Menschen ahnen inzwischen, dass die, die ihnen alles versprechen, morgen nichts halten werden.

Für den Beginn der Diskussion um die Finanzpolitik und den politischen Schwerpunkt der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag nutzen wir den Haushalt 2005:

- Zur Kritik an CDU und FDP: Nicht nur an ihrer Finanzpolitik, sondern vor allem an den Inhalten ihrer Politik.
- Zum Beschreiben unserer Alternativen: Nicht nur für die Finanzpolitik, sondern vor allem für die Entwicklungen, die unser Land nehmen soll, um auch in Zukunft eine attraktive Heimat für acht Millionen Menschen zu sein.

Die SPD will 2006 und 2008 eine echte Regierungsalternative zu CDU und FDP sein:

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialde-



Podium der Haushaltsklausurtagung in Göttingen

mokraten wollen ein Niedersachsen, in dem:

- Bildung die wichtigste Zukunftsinvestition für alle Menschen und das gesamte Land ist,
- Städte, Gemeinden und Landkreise Heimat für die Menschen sind und sie zusammen führen,
- sozial benachteiligte Menschen und soziale Brennpunkte nicht ausgegrenzt

werden, sondern Hilfe, Förderung und neue Chancen erhalten,

- die Menschen zusammen halten, Hilfe und Solidarität gewähren, gerade für Behinderte, Pflegebedürftige oder in Not Geratene,
- Investitionen in Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung Arbeitsplätze sichern und neue Arbeit schaffen.

Sigmar Gabriel

Personalvertretungsgesetz: SPD-Fraktion sieht keinen Handlungsbedarf

In den vergangenen drei Wochen hat ein Vorschlag aus der SPD-Landtagsfraktion für ein erhebliches mediales Echo gesorgt. Es ging darum, die Angaben des Landesrechnungshofes zu den angeblichen höheren Freistellungen von Personalräten im Öffentlichen Dienst gegenüber den Betriebsräten in der Privatwirtschaft zu prüfen. Die Fraktion hat auf ihrer Klausurtagung in Göttingen beschlossen, dass für eine Änderung des Personalvertretungsgesetzes derzeit kein Anlass besteht.

Der Landesrechnungshof (LRH) hatte zuvor die These aufgestellt, dass im öffentlichen Dienst deutlich größere Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte für Personalräte vorlägen als im Betriebsverfassungsrecht der Privatwirtschaft. Dadurch würden bis zu 1.000 (formelle und anlassbezogene) Freistellungen mehr ausgelöst als dies in vergleichbaren Fällen der Privatwirtschaft auf der Grundlage des dort geltenden Betriebsverfassungsgesetzes möglich wäre.

Der SPD-Fraktionsvorstand und die Mitglieder des Arbeitskreises Haushalt und Finanzen der Fraktion haben darauf hin in zwei Klausursitzungen zum Haushalt 2005 beschlossen, diese Behauptung aus dem Landesrechnungshof zu überprüfen.

Nach Auswertung einer ganzen Reihe von Stellungnahmen und Gutachten und auf der Grundlage des Berichtes einer eigens eingerichteten Arbeitsgruppe hat die Fraktion festgestellt, dass die Hinweise des LRH einer rechtlichen Überprüfung nicht standhalten. Eine Änderung der materiellen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte im Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz ist daher nicht erforderlich und wird von der SPD-Landtagsfraktion politisch nicht gewollt. Ob es – unabhängig vom materiell-rechtlichen Regelungsgehalt des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes – aufgrund der tatsächlichen Praxis in Niedersachsen zu einer überhöhten Zahl an formellen und/oder anlassbezogenen Freistellungen kommt, lässt sich nicht klären, weil dazu in Nie-

sachsen keinerlei Daten gesammelt verfügbar sind.

Der Landesrechnungshof plant seit längerem, die tatsächliche Handhabung der formellen und anlassbezogenen Freistellungen und die Kosten der Mitbestimmung im Landesdienst einer detaillierteren Überprüfung zu unterziehen. Erst nach Vorlage eines entsprechenden detaillierten Untersuchungsberichts durch den Landesrechnungshof wird sich die SPD-Landtagsfraktion damit befassen.

Newsletter

Der SPD-Landesverband gibt einen wöchentlichen E-Mail-»newsletter« heraus. Dieser informiert über die wichtigsten landes- und bundespolitischen Ereignisse.

Anmeldung per E-Mail an:
pressends@spd.de.

Landtagsverkleinerung: Druck der SPD hat sich gelohnt

Der gemeinsame Druck von SPD, Grünen und Gewerkschaften hat sich gelohnt: Der Landtag wird schon zur kommenden Legislaturperiode verkleinert – wenn auch nicht so konsequent, wie es die SPD-Fraktion gefordert hatte. CDU und FDP hatten der Verkleinerung des Parlaments zum nächstmöglichen Zeitpunkt erst zugestimmt, nachdem sich auf Initiative der SPD-Fraktion ein Unterstützerkreis für eine Volksinitiative zusammengeschlossen hatte.

Nach einem von allen im Niedersächsischen Landtag vertretenen Fraktionen gemeinsam eingebrachten Gesetzentwurf soll die Zahl der Wahlkreise von bislang 100 auf 87 reduziert werden.

Der Gesetzentwurf sieht außerdem eine erneute Nullrunde bei den Abgeordneten-diäten, die Absenkung der Fraktionskostenzuschüsse sowie die Neuregelung der Altersversorgung für die Abgeordneten vor.

Während diese Änderungen von der SPD mitgetragen werden, trifft der von den Regierungsfractionen vorgeschlagene Neuzuschnitt der Wahlkreise auf den entschiedenen Widerspruch der SPD-Fraktion. Die Grenzen der Wahlkreise werden in vielen Fällen willkürlich gezogen, gewachsene regionale Strukturen werden zerschlagen.

In einigen Fällen drängt sich der Eindruck auf, dass parteipolitische Interessen von CDU und FDP eine größere Rolle gespielt haben als die Suche nach Wahlkreisen mit einer annähernd gleichen Zahl von Wahlberechtigten.

Im Ergebnis haben die Wahlkreise sehr unterschiedliche Größen. So weicht bei einem Viertel aller Wahlkreise die Zahl der Wahlberechtigten um mehr als 15 Prozent vom Landesdurchschnitt ab. Allen anders lautenden Ankündigungen zum Trotz haben CDU und FDP beim Zuschnitt der Wahlkreise keinen einzigen der von der SPD-Fraktion eingebrachten konkreten Änderungsvorschläge übernommen. Deshalb wird die SPD-Fraktion im Landtag gegen die neuen Wahlkreisgrenzen stimmen.



Dieter Möhrmann

Landesregierung weiter auf Atomkurs Politik gegen die Menschen (nicht nur) im Wendland

Die Frage der Endlagerung atomarer Abfälle in Deutschland war in der letzten Woche wieder einmal Gegenstand einer Debatte im Landtag. Die SPD-Fraktion hatte in einem Entschließungsantrag eine konstruktive Diskussion um ein bundesdeutsches Endlagerkonzept eingefordert und vor einer Renaissance der Atomenergie gewarnt.

Hintergrund: Ministerpräsident Wulff und sein Umweltminister Sander hatten in der Öffentlichkeit immer wieder für Verunsicherung gesorgt und den Eindruck vermit-

telt, die Landesregierung wollte neue Atomkraftwerke bauen. Gleichzeitig solle, so fürchteten viele, Gorleben als Standort für ein zentrales Atomendlager auf dem Silbertablett serviert werden.

sident habe sich noch nicht einmal während eines Castor-Transportes im Wendland blicken lassen. Statt dessen werde ein hohes Polizeiaufgebot geschickt. Angesichts des Ausnahmezustandes der weit vor und während eines Castortransportes im Wendland herrsche, müsse die Behauptung des Ministerpräsidenten, Niedersachsen sei ein »Wohlfühl-land«, von den Wendländern als schier Hohn aufgenommen werden.



Klaus-Peter Dehde

Die Debatte zeigte: Die Irritationen kommen nicht von ungefähr. Sowohl CDU als auch FDP bekannten sich klar zur Atomkraft und schlossen auch den Neubau von Kernkraftwerken nicht aus.

Sie stellen sich damit gegen die Mehrheit der Bevölkerung: 75% der Deutschen halten den Ausstieg aus der Atomenergie für richtig und den meisten von ihnen geht er nicht schnell genug. SPD und Grüne appellierten an die Landesregierung, endlich auf den Kurs der Bundesregierung hin zu konstruktiven Lösungen für die Energiefragen der Zukunft einzuschwenken.

Als »skandalös« bezeichnete Klaus-Peter Dehde, atompolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, den Umgang mit den Menschen im Wendland. Der Ministerprä-

Impressum

**SPD-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover**

V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley, Geschäftsführer
SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:

Tobias Dünow,
Thilo Scholz

Layout und Satz:

Andreas Schneider

Kirchen finden bei CDU und FDP kein Gehör Humaner Umgang mit Flüchtlingen abgelehnt

»Wir müssen mehr auf die Kirchen hören« hatte Ministerpräsident Wulff noch am 5. Oktober 2004 im Braunschweiger Dom anlässlich des 50. Jahrestags des Domvergleichs versprochen.

Offenbar lediglich eine Sonntagsrede, denn als SPD und Grüne im Innenausschuss zu den Themen »Humanitäre Altfallregelung« und »Einrichtung einer Härtefallkommission« eine Anhörung, u.a. der Kirchen und Glaubensgemeinschaften, der Wohlfahrtsverbände und Selbstorganisationen der Betroffenen, der Kommunen und der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen beantragt haben, da wollten CDU und FDP auf niemanden hören.

Die von der Landtagsmehrheit abgelehnte Anhörung hatte die SPD-Fraktion in eigener Verantwortung durchgeführt und Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Flüchtlingsrat, Integrationsrat und Gewerkschaften eingeladen. Das Ergebnis war eindeutig: Wir brauchen in Niedersachsen nicht nur eine Härtefallkommission, die in außergewöhnlichen Einzelfällen eine humanitäre Einzelfalllösung ermöglichen könnte,

sondern zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Kompromisses zum Zuwanderungsgesetz auch noch einmal – wie zu Zeiten der SPD-geführten Landesregierungen – eine eindeutige humanitäre Altfallregelung. Von den Expertinnen und Experten hatte niemand Verständnis für die Haltung von CDU und FDP, die sowohl eine Verbesserung des Aufenthaltsstatus für langjährig geduldete Flüchtlinge als auch die Einrichtung einer Härtefallkommission rigoros ablehnen.

Noch am Tag der Landtagsdebatte hatte sich sogar die FDP-Bundestagsfraktion für eine humanitäre Altfallregelung im Sinne



Interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer während der Anhörung der SPD-Fraktion

des SPD-Einschließungsantrages ausgesprochen – die Landtags-FDP ist jedoch einmal mehr den Nachweis eines eigenständigen Profils schuldig geblieben und hat gemeinsam mit der CDU gegen den Antrag gestimmt.

Substanzielle Verbesserungen erreicht: Niedersächsisches Erwachsenenbildungsgesetz einstimmig verabschiedet

Der ursprüngliche Gesetzentwurf der CDU/FDP Fraktionen zum Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz (NEBG) hätte zu einem ruinösen Wettbewerb zwischen den Einrichtungen der Erwachsenenbildung geführt. Aufgrund des Drucks der SPD ist es zu einer Übergangsregelung gekommen, gleichzeitig ist eine Begrenzung auf 7,5 % für einen Dreijahreszeitraum erwirkt worden.

Dies gilt für alle drei Säulen der Erwachsenenbildung. Dadurch entstand Planungssicherheit für die Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Planungssicherheit ist auch erreicht worden, weil die so genannte Vertragsoption geschaffen wurde. Das heißt, Vereinbarungen der Heimvolkshochschulen, der Landeseinrichtungen und der Volkshochschulen über die Mittelaufteilung sind untereinander möglich.

Dies hat der Sprecher für Erwachsenenbildung Wolfgang Wulf für die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag durchgesetzt. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, bei den Heimvolkshochschulen eine Obergrenze hinsichtlich der anrechenbaren Teilnehmertage festzulegen und die Mitarbeiterfortbildung wieder als gesetzliche Aufgabe der Landesverbände im Gesetz zu verankern.

Die ursprünglich vorgesehene Faktorregelung bei den Volkshochschulen hätte zu einer Benachteiligung der Städte und zu Verwerfungen bei den Volkshochschulen geführt. Es gab Horrormeldungen von bis zu 140.000 Euro Verlust bei einzelnen Volkshochschulen und Befürchtungen, dass sich dieser »Veredlungsfaktor« zu einem »Verelendungsfaktor« für die Städte entwickeln könnte. Deswegen hat die SPD-Fraktion ganz bewusst darauf gedrängt, dass es nunmehr an dieser Stelle Obergrenzen und Steigerungsdeckelungen gibt.

Die SPD-Fraktion hat Wert darauf gelegt, den zweiten Bildungsweg, die Alphabetisierungskurse, die Integrationsmaßnahmen für Zuwanderer und die politische Bildung besonders zu fördern. Dies erfolgt nunmehr, und zwar über den »erhöhen-den« Faktor von 1,5 hinaus jetzt mit 1,7.



Wolfgang Wulf

Im Grunde genommen hält dies die SPD zwar für unzureichend, hat in Übereinstimmung mit den Landeseinrichtungen dann dennoch um die Erreichung eines Konsenses willen diesem Vorschlag »zähneknirschend« zugestimmt.

SPD setzt sich für Verbesserung des Schutzes vor Stalking ein

Das so genannte Stalking ist mittlerweile zu einem ernstzunehmendem gesellschaftlichen Phänomen geworden, das die Justiz zunehmend beschäftigt. Der Begriff »Stalking« stammt aus der englischen Jägersprache und bedeutet: sich heranschleichen, heranpirschen.

»Der Begriff wird inzwischen aber vor allem auf den Sachverhalt der andauernden Belästigung, Verfolgung, Beobachtung, Annäherung, Bedrohung und andere Arten des Psychoterrors angewandt«, so die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Heike Bockmann. Die Folgen dieser fortgesetzten systematischen Belästigung und Verfolgung sind für die betroffenen Personen häufig gravierend und führen zu Einschränkungen in der Alltagsgestaltung, lösen Angstzustände bis hin zu Panikattacken aus. Das persönliche Sicherheitsgefühl kommt den Opfern vollständig abhanden.

Stalking ist eine Verhaltensweise, die eine unendliche Reihe von Handlungen beinhalten kann, die jede für sich nicht unbedingt als gravierend angesehen werden muss. Erst das Zusammenwirken mehrerer dieser Handlungen sowie deren Intensität werden zu einem Problem. Einige Handlungen – etwa Bedrohungen, Beleidigungen – verstoßen bereits heute gegen das Strafgesetzbuch.

Auf Basis des 2002 geschaffenen Gewaltschutzgesetzes des Bundes macht sich ein Stalker strafbar, wenn er gegen ein zivilgerichtlich angeordnetes Näherungs- oder Belästigungsverbot verstößt. Diese im Gewaltschutzgesetz eingeführte Möglichkeit, gerichtlichen Schutz in Anspruch zu nehmen, zielt jedoch primär auf den Bereich der innerfamiliären Gewalt und ist auch nur dann gegeben, wenn der Stalker dem Opfer bekannt ist. Anonyme Belästigungen per Telefon, SMS, Fax oder Email, deren Herkunft sich von den Tätern verschleiern lässt, können vom Opfer ohne behördliche Hilfe in der Regel nicht verfolgt werden.

Der SPD-Antrag fordert deshalb die Landesregierung auf, Stalking-Opfer bei der Aufklärung solch anonymer Belästigungen zu unterstützen. Da das systematische und zielgerichtete Nachstellen, Belästigen oder Verfolgen von Personen mittlerweile zu einem ernstzunehmenden Problem unserer Gesellschaft geworden ist, muss darüber hinaus geprüft werden, ob die Schaffung eines Stalking-Tatbestandes im Strafgesetz-



Heike Bockmann

buch Abhilfe schaffen könnte. Gleichzeitig fordert der Entschließungsantrag dazu auf, das Gewaltschutzgesetz – das sich im Bereich der innerfamiliären Gewalt hervorragend bewährt hat – so zu ergänzen, dass es den Stalking-Opfern erleichtert wird, Unterlassungs-Verfügungen durchzusetzen.

Landesregierung muss Partnerschaft in der Sozialpolitik endlich ernst nehmen

Im Jahr 2003 stellten CDU und FDP einen Antrag mit dem Titel »Partnerschaftliche Sozialpolitik«, um der Landesregierung – vor allem Sozialministerin von der Leyen – einen Auftritt zu verschaffen. Von der Leyen erklärte, die Landesregierung werde partnerschaftlich mit den Verbänden zusammen arbeiten und gemeinsam Prioritäten festlegen.

Auf Seiten der SPD rief diese Ankündigung Verwirrung hervor, hatte doch bislang noch jede Landesregierung selbstverständlich partnerschaftlich mit den Wohlfahrts-

Sozial- und Jugendverbänden zusammen gearbeitet, ohne dafür einen Landtagsbeschluss zu benötigen.

Ministerin von der Leyen und ihr Staatssekretär Gerd Hoofe finden bei öffentlichen Veranstaltungen gern blumige Worte, wenn es um Leistung und Bedeutung von Wohlfahrts-, Sozial- oder Jugendverbänden, von ehrenamtlich Engagierten oder sozialen Strukturen geht. So erklärte Staatssekretär Hoofe bei einer Mitgliederversammlung des Diakonischen Werkes am 29.10.2003 »Wir wollen keine sozialen Strukturen zerschlagen«. Ministerin von der Leyen stellte am 15.9.2003 in einer Pressemitteilung fest: »Freie Wohlfahrtsverbände können keine weiteren Mittelkürzungen verkraften.«

Was in Wirklichkeit vom CDU-Antrag und den freundlichen Worten von Frau von der Leyen zu halten ist, erfuhren die Verbände bei den Haushaltsberatungen 2004 und 2005: Landesregierung, CDU und FDP haben soziale Leistungen in einem nie ge-

kannten Ausmaß gekürzt. Vom Landesblindengeld über Toto-Lotto-Mittel für die freie Wohlfahrtspflege bis hin zu Mitteln für die Jugendarbeit und die Städtebauförderung wird alles einkassiert, was nicht niet- und nagelfest ist. Gesprochen oder gar verhandelt wird darüber mit den Verbänden – entgegen den großspurigen Ankündigungen – in den seltensten Fällen.

Kein Wunder also, dass sich die Verbände im Stich gelassen oder schlicht verschaukelt vorkommen. In Krisengipfeln, Pressemitteilungen, offenen Briefen, Gesprächen und öffentlichen Diskussionsrunden erklären die Verbände, was sie von dieser Landesregierung und dieser Sozialministerin halten. Da ist von »Wortbruch«, »einseitigen Kürzungen«, »Verletzung bestehender Verträge« und sogar »Volksbegehren gegen die Landesregierung« die Rede.

Die SPD-Landtagsfraktion hat auf Initiative des sozialpolitischen Sprechers Uwe Schwarz jetzt den alten CDU-Antrag weitgehend wortgleich erneut ins Parlament eingebracht. Er soll die Landesregierung daran zu erinnern, dass sie den Beschluss des Landtages endlich ernst nehmen und zu einer partnerschaftlichen Sozialpolitik im Interesse der sozialen Sicherheit in Niedersachsen zurückkehren muss.



Uwe Schwarz

Modellprojekt »Regionen des Lernens« auswerten, weiterentwickeln und landesweit fortsetzen

Es gibt nach wie vor Klagen von Personalchefs der Industriebetriebe und Handwerksvertretern über die mangelnde Ausbildungsfähigkeit der Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Nach aktuellen Zahlen des Statistischen Landesamtes verließen knapp 10.000 Jugendliche in 2003 in Niedersachsen eine allgemein bildende Schule, ohne zumindest einen Hauptschulabschluss erworben zu haben.

Das Projekt »Regionen des Lernens« hat das Ziel, die Orientierung auf die Berufswahl und die Berufsfähigkeit für die Schulabgängerinnen und Schulabgänger zu verbessern. Im November 2001 sind zehn »Regionen des Lernens« eingerichtet worden. Die beteiligten Berufsbildenden Schulen sind Leitstellen der Netzwerke und wirken an den Vorhaben zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler mit.

Mit einem Antrag (Drs. 15/1412) fordert die SPD-Fraktion die Landesregierung auf:

- den Landtag über die Evaluierung des Förderwettbewerbes zu informieren,
- die in einigen Regionen (Landkreis Osterholz, Landkreis Wesermarsch, Landkreis Holzminde, Osnabrücker Nordkreis, Landkreis Emsland) bereits eingeleiteten Maßnahmen zu unterstützen,
- in den bestehenden »Regionen des Lernens« und darüber hinaus die Kooperation von allgemein bildenden und Berufsbildenden Schulen nachhaltig zu intensivieren,
- dem Landtag darzulegen, wie die Erfahrungen und Kompetenzen aus den Leitstellen landesweit ausgedehnt werden können und wie die Erfahrungen



Wolfgang Jüttner

aus dem Projekt Regionale Kompetenzzentren (ProReKo) mit den Regionen des Lernens vernetzt werden können.

Kein Auftrag darf verloren gehen! Ohne Werftenbeihilfe droht Verlust von 1.000 Arbeitsplätzen

Die Beschäftigten auf den niedersächsischen Werften haben schwere Zeiten hinter sich: Arbeitsplatzabbau, Lohnverzicht, Dumping-Konkurrenz aus Südkorea. Jetzt droht eine neue Katastrophe für die gesamte niedersächsische Schiffbauindustrie: Wenn Ministerpräsident Wulff sich in Sachen Werftenbeihilfen nicht bald bewegt, könnten 1.000 Arbeitsplätze allein in Emden und Papenburg verloren gehen. Denn anders als die Bundesregierung hat das Land bislang keinen Cent für diese Abwehrmaßnahmen gegen unlautere Geschäftspraktiken eingeplant. Die SPD-Fraktion hat auf ihrer Klausurtagung in Göttingen beschlossen, die nötigen Mittel im Landtag zu beantragen.

Zum Hintergrund: Die Werften in Südkorea haben in der Vergangenheit gigantische Überkapazitäten aufgebaut und bieten nun – gestützt von ihrer Regierung – auf dem Weltmarkt Schiffe zu Preisen an, die bis zu 40 Prozent unter den Herstellungskosten liegen. Angesichts dieser unlauteren Geschäftspraktiken hat die EU-Kommission Klage vor der Welthandelsorganisation (WTO) eingereicht und ihren Mitgliedsstaaten im Jahr 2002 auf maßgebliche Initiative der Bundesregierung gestattet, die heimischen Werften auch finanziell unterstützen. So können Werften bis zu sechs Prozent des Auftragswerts für den Bau von Containerschiffen oder Chemikalien- oder Gastankern erhalten, wenn sie nachweisen, dass ein unfaires Konkurrenzangebot vorliegt. Solche Schiffe werden in Niedersachsen vor

allem von den Nordseewerken (Emden), der Cassens-Werft (Emden) und der Meyer-Werft in Papenburg gebaut.

Bislang werden die Werften-Beihilfen zu 1/3 vom Bund und zu 2/3 von den Küstenländern getragen. Dieser Schlüssel war 1994 unter der Kohl-Regierung eingeführt worden, bis dahin hatte der Bund 2/3 getragen. Angesichts der Tatsache, dass bis zu 75% der Wertschöpfung außerhalb der Küstenländer erfolgt, haben sich die Länder – bislang vergeblich – um eine 50:50-Regelung bemüht. Vor fast genau einem Jahr hat der Landtag die Landesregierung einstimmig aufgefordert, »durch nationale Initiativen dafür zu sorgen, dass (...) eine 50:50-Bund-Länder-Förderung« erreicht wird. Dieser Forderung ist der Bundestag jetzt nachgekommen und hat

außerdem für die Jahre 2004 und 2005 insgesamt 55 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Doch im Haushaltsentwurf der Landesregierung ist kein Cent für die Werften eingeplant.

»Die Landesregierung muss jetzt schleunigst die entsprechenden Kofinanzierungsmittel bereitstellen«, sagte Sigmar Gabriel am 12. November bei einem Besuch der Nordseewerke auf Einladung des dortigen Betriebsrates. Denn wenn das Land seinen Anteil von voraussichtlich mindestens 11 Millionen Euro nicht zur Verfügung stellt, fließen auch keine Mittel aus Berlin.« Gabriel betonte, die Werftenbeihilfen seien keine klassischen Subventionen, sondern ein unverzichtbares Instrument, um die niedersächsischen Werften vor den koreanischen Dumpingpreisen zu schützen. »Allein bei den Nordseewerken droht der Verlust von drei bereits abgeschlossenen Verträgen, drei weitere geplante Schiffsbauten könnten nicht realisiert werden, wenn sich Wirtschaftsminister Hirche nicht bewegt.«, sagte der Emder Abgeordnete Hans-Dieter Haase. »Wir sind dringend auf die Beihilfen angewiesen«, so Fritz Niemeier, Betriebsratsvorsitzender der Nordseewerke Emden. »Auch die Belegschaft der

Meyer-Werft in Papenburg hat kein Verständnis dafür, dass sich einige Politiker auf Konferenzen zur maritimen Industrie bekennen und zugleich sehr zurückhaltend sind, wenn es um finanzielle Zusagen geht«, sagte Helmut Plöger, Betriebsratsvorsitzender der Meyer-Werft. »Die Cassens-Werft schwimmt sich gerade wieder frei. Da wäre ein Verzicht auf die Beihilfen ein Schlag ins Kontor«, ergänzte der Betriebsratsvorsitzende der Cassens-Werft, Wübbe Morra.

Gabriel versprach in Emden, die SPD-Fraktion werde sich bemühen, den Landesanteil an den Werftenbeihilfen durch Umschichtungen im Haushalt zu erbringen. Drei Tage später wurde dieses Versprechen auf der Fraktionsklausur eingehalten. »Wenn die Landesregierung ihre Ankündigungen so schnell umsetzen würde, wäre den niedersächsischen Werften sehr geholfen«, so Gabriel. Für ihn ist klar: »Unsere Werften dürfen keinen einzigen Auftrag verlieren!«



SPD-Fraktionsvorsitzender Sigmar Gabriel und MdL Hans-Dieter Haase mit Vertretern der Geschäftsführung, des Betriebsrats und den IG-Metall Vertrauensleuten

Zertifizierung von Pflegeeinrichtungen unterstützen

Die Diskussion um Pflegequalität nimmt nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in Pflegeeinrichtungen selbst einen hohen Stellenwert ein. Fast 10% aller Pflegeeinrichtungen ist mittlerweile zertifiziert. Es gibt jedoch mehr als ein Dutzend Zertifikate in Deutschland, die kaum miteinander vergleichbar sind. Hier muss zu mehr Transparenz und zu Mindeststandards gekommen werden. Mit dieser Zielsetzung hat die SPD-Landtagsfraktion einen Entschließungsantrag in den Landtag eingebracht.

Trotz der mangelnden Vergleichbarkeit ist die Zertifizierung von Pflegeeinrichtungen grundsätzlich zu begrüßen. Pflegeeinrichtungen, die eine Zertifizierung anstreben oder bereits erreicht haben, dokumentieren, dass sie Qualitätssicherung ernst nehmen.

Deshalb muss es für zertifizierte Pflegeeinrichtungen Anreize geben. Dazu gehört beispielsweise, dass die Pflegekassen die Pflegevergütung nach guter und schlechter Qualität differenzieren. Dazu gehört aber auch, dass zertifizierte Einrichtungen nicht doppelt und dreifach geprüft werden. Wer ein Zertifikat nachweisen kann, sollte vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen und von der Heimaufsicht nur noch bei konkreten Hinweisen auf Pflegemängel geprüft werden. Die dadurch frei werdenden Kapazitäten sind auf die Prüfung von nicht zertifizierten Einrichtungen zu konzentrieren.

Termine und Links

30. November 2004, 12 bis 14 Uhr
Sitzung des Vorstands der SPD-Landtagsfraktion

30. November 2004 ab 14 Uhr
Sitzung der SPD-Landtagsfraktion

7. Dezember 2004, 12 bis 14 Uhr
Sitzung des Vorstands der SPD-Landtagsfraktion

13. Dezember 2004, 12 bis 15 Uhr
Sitzung des Vorstands der SPD-Landtagsfraktion

13. Dezember 2004 ab 15 Uhr
Sitzung der SPD-Landtagsfraktion

14. bis 16. Dezember 2004
Landtagsplenum

14. Dezember 2004, 13 bis 15 Uhr
FES im Landtag lädt ein zur Veranstaltungsreihe »Zukunftskonzepte für ein kinder- und familienfreundliches Niedersachsen«, Teil III

Thema: Demographische Entwicklung und Bildungschancen

Referenten:

Prof. Dr. Hans Bertram, Humboldt-Universität Berlin zu »Demographische Entwicklung und Bildungschancen« und Prof. Rolf Wernstedt zu »Die demographischen Entwicklung verlangt eine neue Schulentwicklungsplanung in Niedersachsen«

Ort: Restaurant Leineschloss, Niedersächsischer Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Anmeldungen bitte per Fax an die FES Niedersachsen, Faxnr. 0511/30 61 33

Linkempfehlungen:

<http://www.spd-landtag-nds.de>

Der Internetauftritt der SPD-Landtagsfraktion inklusive der Internet-Ausgabe des onlineTiLs mit vielen weiterführenden Informationen.

<http://www.mentoring.spdnds.de/>

Der Internetauftritt des SPD-Landesverbandes Niedersachsen mit vielen Informationen rund um das Mentoringprogramm der SPD.

Jugend macht Politik

Am 26. und 27. November 2004 fährt eine Gruppe von ca. 40 Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden aus Niedersachsen nach Berlin. Die Jugendlichen haben nach einem Praktikum bei der Fraktion Interesse bekundet, sich mit dem Thema Politik zu befassen und auch ihre Mitarbeit angeboten. Begleitet werden sie vom Fraktionsvorsitzenden Sigmar Gabriel. Entstanden ist die Teilnehmerzahl durch das Programm »Schüler begleiten Abgeordnete«, die am Tag der offenen Tür im Landtag zu einem Treffen mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion eingeladen wurden. Außerdem sind einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich in Ausbildung befinden,

durch Besuche des Fraktionsvorsitzenden in verschiedenen Firmen aus Niedersachsen dazu gekommen.

Das Programm besteht aus einer Diskussion mit Bundestagsabgeordneten zum Thema »Jugend macht Politik – Macht Jugend Politik«. Am nächsten Tag gibt es eine Führung durch das Bundeskanzleramt sowie einen Vortrag im Plenarsaal des Bundestags. Im Anschluss gibt es in der Friedrich-Ebert-Stiftung einen Vortrag des Politikwissenschaftlers Dr. Niels Kadritzke zum Thema »Beitrittskandidatin Türkei? Perspektiven des EU-Türkei-Verhältnisses« mit anschließender Diskussion.

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte User können sich auf der Internetseite www.spd-landtag-nds.de mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen.

Hier sind zahlreiche exklusive Aufkünfte über die Arbeit und Planungen, Strategie und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter u.v.m.

Neue Zugangsberechtigungen können wie immer zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, e-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTils bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

Sozialstaat als Luxus? SPD fordert: Keine Kürzungen bei den Wohlfahrtsverbänden

Sie sind effizient, bürgernah und von breitem ehrenamtlichen Engagement getragen. Wenn es sie nicht schon gäbe – man müsste sie erfinden: die Wohlfahrtsverbände. Doch statt die anerkanntermaßen gute Arbeit von AWO und Diakonie, Caritas und Paritätischem zu stärken, legt die Wulff-Regierung den Verbänden immer neue Steine in den Weg. Neuerlicher Höhepunkt: Die Landeszuschüsse sollen im kommenden Jahr um weitere 2,2 Mio. Euro gekürzt werden.

Noch in seiner Regierungserklärung habe Ministerpräsident Wulff Planungssicherheit versprochen und angekündigt, die Landesregierung wolle »nicht Gegner, sondern Partner« der Verbände und Initiativen sein. Genau vier Monate später

kündigte die Landesregierung ohne jede Absprache die Vereinbarung über die Verwendung der Konzessionsabgaben. Einen Tag nach einer neuerlichen Verständigung zwischen Verbänden und Sozialministerium beschloss das Kabinett eine zehnprozentige Kürzung der Landeszuschüsse. Nach weiteren Gesprächen und der Zusage, keine weiteren Kürzungen vorzunehmen, beschloss die Landesregierung eine erneute Reduzierung des Landeszuschusses um 11 Prozent. Wortbruch auf der ganzen Linie also.

Die SPD-Fraktion wird im Landtag beantragen, die neuerlichen Kürzungen zurückzunehmen. Denn anders als CDU und FDP hält sie den Sozialstaat nicht für Luxus.

Gesetz zur Gedenkstättenstiftung verabschiedet

Am 17.11.2004 wurde das Gedenkstättengesetz (dazu Drs.15 / 1025 und Drs. 15 / 1409) einstimmig verabschiedet. Mit dem Gesetz errichtet das Land Niedersachsen die »Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten« als rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts.

Die Zustimmung der SPD-Fraktion war möglich, weil die Beratungen im Kultusausschuss zu wichtigen Verbesserungen geführt haben. Die SPD-Landtags-Vizepräsidentin Silva Seeler war federführend für die Gesetzesberatungen verantwortlich.

Die wichtigsten Veränderungen:

1. Die Gedenkstättenarbeit der vielen Initiativen und Gedenkstätten in privater Trägerschaft wird durch die veränderten Formulierungen ihrer tatsächlichen Bedeutung im Gesetz gewürdigt und abgesichert. So wichtig die Arbeit der staatlichen Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel ist, so darf nicht übersehen werden, dass die Mehrzahl ehrenamtliche Initiativen sind. Diese tragen dazu bei, Gedenken und die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen konkret vor Ort stattfinden zu lassen.
2. Die wissenschaftliche Beratung der Stiftung wird vorgeschrieben. So kann sich die Stiftung je nach Bedarf und aktueller Situation durch Fachleute kundig machen lassen.
3. Im Entwurf war eine Beteiligung des Landtages und der verschiedenen Fraktionen nicht vorgesehen, weder im Stiftungsrat noch im Stiftungsbeirat. Aber gerade bei der Gedenkstättenarbeit und all den Emotionen, die damit zusammen hängen, ist dies angemessen. Gedenkstättenarbeit ist aus den normalen politischen Auseinandersetzungen herauszuhalten. Gelingen kann dies nur, wenn alle Fraktionen in die Arbeit und Entscheidungsfindungen im Stiftungsrat mit eingebunden sind. Dies ist nach harten Verhandlungen nun durchgesetzt: Jede Fraktion hat einen Sitz im Stiftungsrat.